

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Strofonto: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Wittgensteiner Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Kdln

Nummer 263

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Montag den 10. November 1930

55. Jahrgang

Haß macht blind!

Der französische Abgeordnete Franklin-Bouillon, seitdem bekannt durch seine früheren ausgesprochen deutschfeindlichen Kundgebungen und Auffassungen, die er hinter der Fassade eines Linkspolitikers verbirgt, hat in der französischen Kammer Grundsätze entwickelt und dafür Beifall aus dem Regierungslager geerntet, die jeder Entwicklung zur Vernunft und zur Verständigung Hohn sprechen. Er steht in dem Bedürfnis des deutschen Volkes nach Reinigung von der Kriegsschuld nichts weiter als Machenschaften, um von den vertraglichen Verpflichtungen loszukommen, insbesondere sich seiner Zahlungen zu entledigen, und er empfiehlt ein Verfahren, wonach man etwaige deutsche Ansprüche auf einen Zahlungsausschub oder dergleichen einfach mit dem Hinweis ablehnen sollte, daß der deutsche Staatshaushalt nicht in Ordnung sei und an allen Schwierigkeiten Schuld trage. Mit gleicher Intention spricht er sich gegen jede Abänderung territorialer Bestimmungen aus, bezeichnet die Grenze Polens als diejenige Frankreichs und ihre Wahrung als „die beste Garantie für den Frieden“.

Für diese Bekundungen des nackten Machtwillens, wie man ihn schroffer kaum in den ersten Nachkriegstagen gehört hat, erntete Franklin-Bouillon neben heftigen Widerprüchen der Linken ebenso heftigen Beifall, und zwar aus dem Lager der Regierungsparteien. Nachträglich haben diese zwar in ihrer Presse eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt und den radikalen Blättern den Vortritt in der Behandlung der Franklin-Bouillon'schen Ausführungen gelassen, aber es bleibt nicht minder unerfreulich, daß solche Auffassungen überhaupt heute noch anderswo als bei den Chauvinisten der äußersten Rechten Beifall finden konnten — einen Beifall, an dem sich sogar der langjährige Vertreter Frankreichs bei den Abrüstungsarbeiten, der Sozialist (!) Paul Boncour, beteiligte, bis ihn sein Parteiführer Munn zur Ruhe rief. Das Pariser Blatt „Volonté“ verweist Franklin-Bouillon sehr richtig auf die Tatsache, daß ein Moratorium für Deutschland nicht von ihm und nicht von Frankreich abhängt, sondern ausschließlich nach den Bestimmungen des Neuen Plans von Deutschland und von seinen pflichtgemäßen Entscheidungen.

Man könne deshalb darauf verzichten, Franklin-Bouillon zu antworten, wenn seine wilden Reden nicht Zeichen einer Psychose wären, die in Frankreich immer noch besteht, und wenn es ihm nicht in seine Heftkampagne gepaßt hätte, die Mär von einer deutsch-russischen militärischen Zusammenarbeit in der französischen Kammer zu wiederholen. Er hat sich also nicht belehren lassen durch das Beispiel des britischen Außenministers Henderson, der noch am 3. Oktober hierzu auf eine Anfrage im englischen Unterhause öffentlich erklärte, er würde ein Eingehen auf diese Frage für äußerst unangebracht halten, da er keinerlei konkrete Unterlagen zur Stützung derartiger Behauptungen besäße, sondern rücksichtslos die Bülge schießen lassen. Er hat auch nicht empfunden, wie grotesk es ist, wenn Frankreich von Sicherheit spricht, obwohl es mit seinen Verbündeten achttundzwanzigmal so viele Maschinenwaffen und zehnmal so viele Feldgeschütze hat wie Deutschland, dazu zweitausend schwere Geschütze, 3000 Flugzeuge und 2970 Tanks, wovon Deutschland überhaupt nichts besitzt. Die geheimen Arsenalbestände gar nicht eingerechnet! Er zeigte kein Verständnis für die ganze Lächerlichkeit, die darin liegt, daß sich seine Heere von mindestens zehn Millionen Mann, ausgerüstet mit allen Mitteln fortgeschrittener Kriegstechnik, vor den hunderttausend Mann deutscher Reichswehr fürchten sollten. In seinem krankhaften Drang, alles zu sichern und zu erhalten, was das Diktat von Versailles Frankreich in den Schoß geworfen hat, übersah er ganz und gar, daß gerade seine sinnlosen Übertreibungen, seine bewußten Entstellungen und Verfälschungen der militärischen Machtverhältnisse Europas die beste Rechtfertigung der deutschen Abrüstungspolitik sind!

Wenn in Franklin-Bouillons Rede Frankreichs Wille auf Abschaffung der Verträge zum Ausdruck gekommen sein sollte, dann ist es erst recht Aufgabe der deutschen Außenpolitik, diesen Tatbestand auch auf der Abrüstungskonferenz festzustellen. Da sich dazu auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die sich leider nicht mit der Stärke der einzelnen Heere beschäftigt, kaum Gelegenheit bietet, so haben unsere Vertreter in Genf mit Nachdruck dafür zu sorgen, daß so bald wie möglich das Datum der endgültigen Abrüstungskonferenz anberaumt wird, um Frankreich dann zu zwingen, vor der ganzen Welt auch das formelle Nein auszusprechen. Die Konsequenzen, die sich daraus für Deutschland ergeben, sind absolut eindeutig. Darüber wollen wir Franklin-Bouillon nicht im Unklaren lassen.

Eine Rede Pézets.

In der französischen Kammer ergriß in der Aussprache über die Außenpolitik der als Friedensfreund geltende katholisch-demokratische Abgeordnete Pézet das Wort. Seine Ausführungen fanden einen außerordentlich starken Beifall, vor allem die demonstrative Zustimmung von Lachou und Briand. Er erklärte, vom deutsch-französischen Gesichtspunkt aus müsse man, wenn man aus der Sackgasse herauskommen wolle, sich zunächst einmal fagen, daß die Annäherungs- und Ausgleichspolitik nicht trotz, sondern gerade wegen der Schwierigkeiten, auf die man stoße, fortgesetzt werden sollte. Eine Revision des Vertrages von Versailles lehnte Pézet ab. Auch für die Erhaltung

Energische deutsche Worte in Genf

Genf, 8. November.

Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuss wurde die im vorigen Jahre vertragte Diskussion über die Dauer der Dienstzeit und ihre Festlegung im Entwurf der Abrüstungskonvention fortgesetzt. Dem Ausschuss lag auch vom Mai vorigen Jahres noch ein Antrag des Grafen Bernstorff vor, der davon ausging, daß die Herabsetzung der Dienstzeit, die im Entwurf vorgesehen ist, allein noch nicht als eine wirksame Abrüstungsmaßnahme angesehen werden kann und der folgerichtig auch eine Herabsetzung und Beschränkung des jährlichen Truppenkontingents fordert, und zwar derart, daß die hierfür festgelegten Zahlen von keinem der vertragsschließenden Staaten überschritten werden dürfen.

Weiter forderte der deutsche Antrag, daß die Ausbildungszeit und aktive Dienstzeit getrennt angegeben werden müssen, und daß über die Personen, die ihrer militärischen Dienstpflicht genügt haben, keine Listen mehr geführt werden dürfen. Der deutsche Antrag wurde nach einer ausgedehnten Debatte, an der sich namentlich die Vertreter der großen Militärmächte beteiligten, von einer großen Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Graf Bernstorff erklärt.

Am Schluß der Debatte, aus der sich ergab, daß die bisherige völlig negative Einstellung der Mehrheit des Ausschusses zu den wesentlichsten Punkten der Abrüstung sich nicht geändert hat, gab Graf von Bernstorff eine kurze, aber sehr scharfe Erklärung ab, in der er u. a. folgendes sagte:

Wenn eine Abrüstungskonvention die ausgebildeten Reservisten ausläßt angesichts der Tatsache, daß heute in einem europäischen Staat der Mensch von der Wiege bis zum Grabe so behandelt wird, daß er nur noch Soldat ist, dann ist eine solche Konvention nicht die Tinte wert, die für ihre Unterschrift verwendet wird.

Die deutschen Vertreter uninteressiert.

Dann tagt man zur Abstimmung der wesentlichen Teile des

deutschen Antrages, der mit zwölf gegen sechs Stimmen und zahlreichen Stimmenthaltungen abgelehnt wurde. Für den deutschen Antrag stimmten die Vertreter Hollands, Norwegens, Schwedens, Chinas und Rußlands. Die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten enthielten sich der Stimme. Unter den Ländern, die gegen den deutschen Antrag stimmten, befinden sich die Vertreter Frankreichs, Japans, Italiens, Belgiens und der Türkei.

Nach der Abstimmung erhob sich Graf Bernstorff noch einmal zu einer kurzen Erklärung, in der er sagte, daß die deutsche Delegation an den Abstimmungen über die zu dem betreffenden Artikel noch vorliegenden Anträge kein Interesse mehr habe.

Ehrhardt und die deutsch-französische Verständigung.

In einem Briefe an Arnold Reckert äußerte sich Kapitän Ehrhardt über die deutsch-französische Einigung. Er führte darin aus: Unter der Voraussetzung, daß es Gustave Hervé gelingt, die Regierung zu veranlassen, sich die von ihm vorgeschlagenen Bedingungen für eine deutsch-französische Einigung zu eigen zu machen, sehe auch ich in diesen Bedingungen die Basis für positive deutsch-französische Bündnisverhandlungen. Ich habe meine Rundfrage über ein deutsch-französisches Bündnis nicht nur an alle Frontkämpfer der Rechten gerichtet. Uebereinstimmend habe ich aus allen Lagern die Antwort erhalten:

„Wir wollen eine deutsch-französische Verständigung, wenn sie ehrlich, vorbehaltlos ist, für Deutschlands Ehre tragbar und Deutschlands Zukunft als Großmacht politisch und wirtschaftlich sichert.“ Den Wert des Meinungsanstandes zwischen Männern beider Nationen, die im öffentlichen Leben stehen, sehe ich darin, daß der Gedanke der Verständigung immer größere Formen annimmt, so daß ein entscheidender Schritt der berufenen Stellen schließlich das volle Verständnis der überwiegenden Mehrheit der beiden Völker, der Führer, der Presse finden würde. Den Staatsmännern, die den Mut zum ersten entscheidenden Schritt finden, wird nicht nur der einstige Geschicht, schon die jetzige Generation als wirkliche Führer ehren.



Hier spielt die Abrüstungskomödie
Die Eröffnungssitzung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf.

des Korridors trat er ein. Gewiß müsse man stark und wachsam sein, dürfe aber keine Gelegenheit einer Annäherung auf dem Gebiet der beiderseitigen Interessen vorbeigehen lassen. Das sei die gebührende und realistische Politik, die menschliche Außenpolitik, die er und seine Freunde wünschten und der allein sie folgen könnten.

Als der Redner sich zum Schluß seiner Rede gegen die Verstärkung des nationalistischen Geistes wandte, wurde auf der Tribüne der französischen Journalisten von rechtsstehenden Journalisten demonstriert; die gesamte Kammer wandte sich gegen diese Kundgebung und der Kammerpräsident erklärte, in diesem Hause hätten nur die Abgeordneten das Recht, eine Meinung zu äußern.

Für eine sofortige Abrüstung.

Eine englische Stimme.

„Manchester Guardian“ tritt in einem Leitartikel dafür ein, sobald wie möglich eine allgemeine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Das Blatt sagt: Die Regierungen Europas müssen endlich erklären, ob sie überhaupt zur Abrüstung bereit sind. Uebrigens hat die Geschichte Europas seit dem Kriege gezeigt, daß Premierminister und Außenminister sich oft einigen können, wo Sachverständige und Untergebene uneinig geblieben sind.

Ein italienisch-französischer Rüstungswettbewerb und die noch ernstere Gefahr, daß Deutschland das Recht zur Aufrüstung beansprucht, das ihm schließlich verweigert werden könnte, muß verhindert werden. Die Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre wird vielleicht fehlschlagen, aber eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der sogenannten Vorbereitung muß zur Katastrophe führen.

Die Wahlen in Amerika.

Die Republikaner in Nöten.

Die Wiederwahl des republikanischen Unterhausmitgliedes Yates in Illinois erscheint auf Grund der nunmehr vorliegenden Nachrichten als gesichert, so daß entgegen den von manchen Stellen erfolgten voreiligen Ausdeutungen im Sinne eines Sieges der Demokraten die Republikaner im Repräsentantenhaus mit 218 Sitzen über eine knappe Mehrheit verfügen. Dies gilt natürlich vorbehaltlich der Änderungen, die in den Wahlbezirken, deren Ergebnisse angefochten werden, auf Grund der offiziellen Nachzählung eintreten können. Im Staate Kentucky sind insgesamt sechs demokratische Unterhaus- und zwei demokratische Senatsskandidaten gewählt worden.

Die ohnehin prekäre Lage der Republikaner hinsichtlich der Erlangung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Senat wird noch schwieriger gestaltet durch die offene Erklärung des progressiven republikanischen Senators Brookhart, daß er die Demokraten im neuen Senat unterstützen werde, falls deren Programm ihn befriedige.

Beim Kriegsgegner zu Gast

Freiherr Krefz v. Kressenstein in London

Der General a. D. Freiherr Krefz von Kressenstein, der im Weltkrieg das türkische Heer in Palästina befehligte, war in London Ehrengast der Offiziere der 53. Waliser Division, die gegen seine Heeresabteilung gekämpft hatte. Der General, der den Orden „Pour le mérite“ trug, fand eine begeisterte Aufnahme. Seine Rede, die er deutsch hielt, wurde bei der Uebersetzung von lebhaftem Beifall unterbrochen, und nach Schluß seiner Ausführungen erhoben sich die britischen Offiziere und tranken ihrem vormaligen Gegner unter lauten Zurufen zu.

Die englische Begrüßung.

Der Vorsitzende des Klubs der 53. Waliser Division, Generalmajor Mott, hatte auf Ersuchen einer Anzahl von Offizieren, die die faire und soldatenhafte Weise bewunderten, in der ihr früherer Feind gegen sie gekämpft hatte, die Einladung an General Krefz von Kressenstein ergehen lassen. Unter den 120 Offizieren, die an dem Feste teilnahmen, befand sich auch eine beträchtliche Zahl von Generälen und Stabsoffizieren.

Die deutsche Rede.

General Krefz von Kressenstein erklärte in seiner Rede u. a.: Es ist unseren gegenseitigen Bemühungen zuzuschreiben, daß Männer, die noch vor verhältnismäßig wenigen Jahren einander

heftig bekämpften, jetzt am selben Tisch zusammenstehen können und daß ich meinem früheren Feinde in vollster Anerkennung seiner glänzenden Führung die Hand schütteln kann.

Ich darf vielleicht auch in Ihrer Einladung ein neues und glückliches Zeichen des allmählichen Verschwindens der Kriegsmoralität erblicken, ein neues und glückliches Symptom der Notwendigkeit und der Anstrengung, eine Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden großen Nationen herbeizuführen, die weder aus Gründen ihrer historischen Vergangenheit noch aus irgendwelchen Gründen der Rassenverschiedenheit andere als freundschaftliche Beziehungen haben dürfen. Das gesamte deutsche Volk und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ergreifen gern und dankbar die Hand, die ihr früherer Feind ihnen bietet.

Gefallenen-Ehrung.

Generalmajor Mott und General Krefz v. Kressenstein legten kürzlich gemeinsam Blumenkranze am Fuße des Kenotaphs nieder. Das Kreuz des Generals Krefz trug die Aufschrift: „In Erinnerung und in aufrichtiger Bewunderung erweist ein früherer Feind Anerkennung denen, die mit ihrem Leben ihre Treue für ihr Land bezahlten.“ Ungefähr 50 Offiziere der Division waren anwesend und standen mit entblößtem Kopf um den Kenotaph, während die Kreuze niedergelegt wurden.

Im Zeichen der Preissenkung.

Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie. — Allmähliche Lohnsenkung bis 8 Prozent.

Berlin, 9. Nov. Das Schiedsgericht für die Berliner Metallindustrie hat nach mehrtägiger Verhandlung einstimmig folgenden endgültigen Schiedspruch gefällt:

1. Der zurzeit geltende Lohnsatz bleibt bis 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifminderungen werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 v. H. gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifminderungen um weitere 3 v. H. für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 v. H. für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juli 1931 fällt.

Der Spruch ist unterzeichnet von den Schlichtern: Dr. Brauns, Dr. Jares, Prof. Dr. Singheimer.

Die Schlichter bemerken dazu, daß sie sich der grundsätzlichen Bedeutung ihres Schiedspruchs, der über den vorliegenden Streitfall hinausgeht, bewußt sind. Es soll damit jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedspruchs schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte werde vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Eine bedeutsame Begründung.

Die Schlichter, anerkannte Autoritäten auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Volkswirtschaft, geben zu ihrem Spruch eine Begründung, die allgemeines Interesse beanspruchen darf. Sie beziehen sich zunächst auf die Preisentwertung auf allen Gebieten als notwendig und führt dazu aus:

Wenn die Preisentwertung auch nicht allein von der Lohnseite her erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gesamtwirtschaft, daß an ihm nicht vorbeigegangen werden kann. Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Schlichter der Massen nicht dauernd gekürzt wird. Wenn die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedspruch für unvermeidlich hielten, so geschähe das in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise, der gewerblichen Produkte wie auch der Lebensmittel, von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es darauf an, daß diese Preisentwertung sich bis zum letzten Konsumenten durchzieht.

Was das Ausmaß der Lohnkürzung anbetrifft, so haben die Lohnschlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auswirken beginnt und daß der Arbeiter sich Zeit lassen muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen.

Die Berliner Presse zum Schiedspruch.

Berlin, 10. Nov. Ein Teil der Berliner Presse nimmt bereits zu dem Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie Stellung. Der „Sozialdemokratische Arbeiterzeitung“ schreibt, daß die Entscheidung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse Empörung hervorgerufen hat. Der „Vorwärts“ schreibt: Dieser Schiedspruch wird von niemandem überrascht. Er ist der schwerste Schlag, der jemals gegen das Schlichtungswesen geführt worden ist. Man kann sich schon mit Sicherheit voraussagen, daß die Lösung der Arbeitskonflikte in Zukunft viel schwieriger sein wird, wie es schon bisher gewesen ist. Die „Vossische Zeitung“ unterstreicht die Tatsache, daß der Schiedspruch einstimmig gefaßt worden ist. Das „Berliner Tageblatt“ meint, der Schiedspruch bedeute gegenüber dem alten Schiedspruch nur eine ganz geringfügige Verbesserung zugunsten der Arbeitnehmer. Die „D. A. Z.“ nennt den Schiedspruch, politisch gesehen, ein Ereignis, das an Bedeutung, falls er sich voll auswirken könne, nur mit der Einführung der Rentenmark zu vergleichen sei. Es sei nicht unsoziale Gesinnung, die zu der Anwendung dieser bitteren Arznei gezwungen habe, sondern im Gegenteil der Beweismittel für ein Beweismittel sozialer Verantwortungsbewußtseins. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet den Schiedspruch als eine Entscheidung, die grundsätzlich den Unternehmern Recht gebe. Die „Kreuzzeitung“ betont, daß die neue Entscheidung ohne weiteres als ein Erfolg der Gewerkschaften eingeschätzt werden müsse. Die „Deutsche Zeitung“ nennt den Schiedspruch eine Bestätigung des ersten Schiedspruchs seinem tatsächlichen Inhalt nach.

Die Städte und das Regierungsprogramm

Für die Gemeinden nicht ganz befriedigend. In einer Pressebesprechung berichtete der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, über die Stellung der Städte zum Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Er führte u. a. aus, daß die deutschen Städte Reichsregierung und Reichstag bei allen Maßnahmen unterstützen werden, die geeignet sind, die Schwierigkeiten zu beseitigen oder zu erleichtern. Die Gemeinden müßten aber darauf hinweisen, daß die Regierungsmaßnahmen sie nicht berücksichtigen. Sie würden ohne sofortige Maßnahmen des Reiches und der Länder mit den großen Schwierigkeiten nicht fertig werden können. Unter Hinweis auf die Lohnsenkungsaktion betonte Dr. Mulert, daß es selbstverständlich wäre, auch die Beamten in diese Aktion einzubeziehen. Zur Frage der Preisentwertung erklärte Dr. Mulert, gerade bei den wichtigsten Lebensmitteln sei vielfach eine unerbittliche Gewinnspanne festzustellen. Die Stadtverwaltungen müßten sich mit größter Energie einsetzen, um diese Spanne einermäßig zu gestalten. Der Vorstand des Städtetages sei erträglich zu gestalten. Der Vorstand des Städtetages sei erträglich zu gestalten. Der Vorstand des Städtetages sei erträglich zu gestalten.

Dr. Mulert entwickelte sodann die Stellung des Reiches des Städtetages zum Finanzplan der Reichsregierung. Zum Entwurf eines Gehaltskürzungsprogramms wird gefordert, daß die dadurch erzielten Einsparungen den Gemeinden in vollem Ausmaß auch den Gemeinden

Die Demokratische Partei aufgelöst.

Hannover, 9. Nov. Der 2. außerordentliche Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der zu dem Zweck der endgültigen Entscheidung über das Fortbestehen der Partei nach Hannover einberufen worden war, hat nach mehrstündiger Aussprache folgende Anträge des Parteivorstandes angenommen:

1. Die Deutsche Demokratische Partei wird aufgelöst.
 2. Das Vermögen wird als Ganzes auf die Deutsche Staatspartei übertragen.
 3. Den Organisationen wird empfohlen, sich insgesamt der Deutschen Staatspartei anzuschließen.
- Von den anwesenden 334 Delegierten stimmten 16 gegen die Anträge.

Dem Beschluß des Parteitags ging eine mehrstündige Aussprache voraus, in der eine Mitteilung des früheren Parteivorstandes nach-Weise wiedergegeben wurde, ihn von seinem Amt als Vorsitzenden der Gesamtpartei und von seinem Reichstagsmandat zu entbinden, weil die Aktionen, für die er die alleinige Verantwortung getragen habe, einen unglücklichen Verlauf genommen hätten. Der Parteitag sprach in einem Telegramm an Reich-Weise ihm Dank und Anerkennung für sein Wirken aus.

Bürgermeister Dr. Petersen-Hamburg gab in einer Rede über das Thema „Abschied von der Demokratischen Partei“ einen Rückblick auf deren Arbeit seit der Staatsumwälzung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutsche Staatspartei das Sammelbecken aller wahrhaft liberalen Volksgenossen werde. In einer Schilderung der Entstehungsgeschichte der Staatspartei erklärte der preussische Finanzminister Höpfer-Alschoff, daß das geplante Bündnis wesenverwandter Gruppen gescheitert sei an einem großen Irrtum über die volkswirtschaftliche Bewegung. Der Plan, die Verbindung mit der Deutschen Volkspartei aufzunehmen, sei durch die volkswirtschaftlichen Führer auf das schärfste bekämpft worden. Nach einer weiteren allgemeinen Aussprache, in der auch die Opposition zu Wort kam, fand der oben genannte Beschluß zustande, der das Ende der Demokratischen Partei herbeiführte.

Dieterich Führer der Staatspartei.

Hannover, 9. November. In demselben Saal, in dem am Samstag die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei beschlossen wurde, ist am Sonntag die Deutsche Staatspartei formell gegründet worden. Am Schluß der Aussprache wurde mit allen gegen 22 Stimmen Reichsfinanzminister Dieterich zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Vorstandes gewählt. Minister Höpfer-Alschoff leitete den Begründungsparteitag, auf dem Minister Dieterich ein längeres Referat über die Lage hielt. Er zog scharfe Trennungslinien gegen die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten und hob hervor, die Staatspartei werde weder links noch rechts stehen, auch keine alte Partei fortsetzen.

Kurznachrichten.

— Durch die Erhöhung des internationalen Goldpreises ist die deutsche Reparationslast um mehr als 10 Prozent gegenüber den im Young-Plan festgelegten Beträgen gestiegen.

— Für das Jahr 1930 wird der Umsatz auf dem deutschen Automobilmarkt auf 84 000 Personen- und 16 500 Liefer- und Kraftwagen geschätzt. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das einen Rückgang von etwa 30 000 Wagen.

— Dem englischen Unterhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Erhöhung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 15 Jahre vorsieht. Es soll dadurch eine Entlastung des Arbeitsmarktes erreicht werden.

— Drei junge Deutsche haben von Neufundland (Nordamerika) aus in einem zehn Meter langen Motorboot eine Fahrt über den Atlantischen Ozean nach Deutschland angetreten.

— In Kalifornien überfielen Banditen mit Maschinengewehren einen Personenzug und raubten aus dem Postwagen Geldsendungen im Werte von 40 000 Dollars.

— Die Ausweisung des gestürzten brasilianischen Bundespräsidenten Washington Luis sowie die Konfiskierung seines gesamten Eigentums ist von der provisorischen Regierung Brasiliens beschlossen worden.

— In Bombay ist es aus Anlaß der Verhaftung des Präsidenten des indischen Kongresses zu heftigen Straßenkämpfen gekommen, bei denen es Hunderte von Verletzten gab. Der verhaftete Präsident ist der 14. Nachfolger Gandhi; alle 15 sind jetzt verhaftet.

Hoovers Kommentar zum Wahlergebnis.

Etwa 30 beim Weißen Haus in Washington akkreditierten Pressevertreter versammelten sich voller Erwartung im Arbeitszimmer des Präsidenten zur ersten Pressekonferenz nach den Wahlen vom Dienstag, die der Republikanischen Partei und, wie viele behaupten, auch der Politik des Präsidenten eine so große Niederlage brachten.

Hoover empfing und entließ die Pressevertreter mit einem einzigen Satz, der folgenden Wortlaut hatte: Unser Land hat jetzt mehr denn je die Aufgabe, seine Aufmerksamkeit auf Maßnahmen zur Zusammenarbeit im Interesse der wirtschaftlichen Erholung zu konzentrieren.

Das Gehaltskürzungs-Gesetz.

Der Entwurf der Regierung.

Der Entwurf dieses Gesetzes, über den der Reichsrat berät, hat folgenden Wortlaut:

Vom 1. April 1931 ab werden um 6 v. H. gekürzt: a) die Dienstbezüge der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht, b) die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger des Reichs, c) die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten der alten und neuen Wehrmacht, d) die Übergangsbezüge der Soldaten der Wehrmacht nach §§ 7 und 32 des Wehrmachtversorgungsgesetzes.

Die Reichstagsbeamten stehen den Reichsbeamten gleich. Zu den Dienstbezügen der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht gehören alle Geldbezüge, die sie mit Rücksicht auf ihre hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistung erhalten. Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, Dienstaufwandsentschädigungen, Reisekostenvergütungen, Beschäftigungszugelder, Trennungszuschläge, Nachdienstentschädigungen und Umzugskostenvergütungen unterliegen der Kürzung nicht. Soweit die Kürzungspflichtigen Bezüge nicht aus der Reichskasse fließen, hat der Beamte u. v. den Kürzungsbetrag an die Reichskasse abzuführen.

§ 2 behandelt die Kürzung der Amtsbezüge der höchsten Beamten des Reichs um 20 v. H. § 3 besagt, daß Personen, deren Kürzungspflichtige Bezüge den Betrag von 1500 Reichsmark jährlich nicht übersteigen, von der Kürzung befreit sind. Würde nach Durchführung der Kürzung ein Betrag von weniger als 1500 Reichsmark verbleiben, so werden 1500 Reichsmark gewährt. Die laufenden Aufwandsentschädigungen der Reichstagsabgeordneten werden vom 1. April 1931 ab um 20 v. H. gekürzt. Das Gesetz tritt am 31. März 1934 außer Kraft.

In der Begründung zu dem Reichsgesetz über die Ausdehnung der Gehaltskürzung auf Länder- und Gemeindebeamten wird die Vorlage als verfassungsändernd bezeichnet. Allgemein gilt das wohlverworbene Recht der Beamten auch für die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften. Grundsätzlich wäre eine Herabsetzung der Beamtengehälter bei diesen nur auf Grund einer Ermächtigung durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz möglich. Die Länder würden aber, von zwei Ausnahmen abgesehen, einer solchen Ermächtigung praktisch nicht bedürfen, denn sie haben die Erhöhung der Beamtensoldatung unter dem Vorbehalt des Widerstands gestellt.

Aus den Reichsratsausschüssen.

Die Tabaksteuer.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates traten unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schaffers vom Reichsfinanzministerium zusammen, um die zum Finanzplan der Reichsregierung gehörende Novelle zur Tabaksteuer zu beraten. Während die Zigarettensteuer in den letzten Jahren schon mehrfach erhöht worden ist, waren Zigarren und andere Tabakwaren noch geschenkt worden. Die jetzige Novelle zur Tabaksteuer will diesen Unterschied zum Teil wieder ausgleichen, indem sie eine stärkere Belastung namentlich für Zigarren vorsieht. Infolgedessen machte sich, wie das Bdz-Büro hört, in den Reichsratsausschüssen eine Opposition namentlich der brennischen und der badiischen Reichsratsvertreter geltend. In beiden Staatsgebieten spielt die Zigarrenherstellung eine große Rolle. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kartellierung und mit modernen Maschinen ausgerüstete Zigarrenindustrie eher eine starke Steuer tragen könne als die in zahlreiche Kleinbetriebe zerfallene und daher viele Arbeiter beschäftigende Zigarrenindustrie.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates beendeten die erste Lesung der Tabaksteuervorlage der Reichsregierung. Eine zweite Lesung wird am Samstag, den 13. November, stattfinden.

den zugute kommen. Das Gesetz über die Einschränkung des Personalaufwandes wird dagegen abgelehnt, da es in die kommunale Beamtenpflicht unnötige Beurlaubung hineintragen würde. Die Hauszinssteuer für den Wohnungsbau müsse dem örtlichen Aufkommen entsprechend zur Verwendung gelangen. Die Weiterführung der Gemeindefinanzwirtschaft sei nur möglich, wenn die volle Beweglichkeit der Einnahmestellung gesichert würde. Dazu gehöre vor allem auch die Einführung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer zum 1. April 1931.

Die Wahlen in Oesterreich.

Keine wesentliche Verschiebung im Nationalrat

Wien, 9. November. Die Wahlen zum Nationalrat in Oesterreich haben keine wesentliche Veränderung gebracht. Der Schöberl hat gut abgeschnitten. Auch in der Mandatszahl der Christlich-Sozialen dürfte sich keine Veränderung ergeben. Auffallend ist, daß der Heimatsblock, die Partei der Heimwehr, schlecht abgeschnitten hat, ebenso die Nationalsozialisten.

Polen und der Korridor.

Ablehnung jeder Grenzrevision auch auf friedlichem Wege!

Paris, 9. November. Der Präsident des polnischen Landtages, Dajczynski, hat einem Sonderberichterstatter des „Reit Parisien“ Erklärungen über das Korridorproblem abgegeben.

Wenn die Deutschen, so äußerte sich Dajczynski, an die Möglichkeiten dächten, eine Revision der deutsch-polnischen Grenze durch direkte Verhandlungen zwischen Warschau und Berlin zu erlangen, so sei darauf zu erwidern, daß derartige Verhandlungen nicht in Frage kämen, weil Polen sich weigern würde, darauf einzugehen. Sollten die Deutschen sich andererseits auf Artikel 19 des Völkerbundesstatuts berufen, und sich an den Völkerbund wenden, so sei darauf zu sagen, daß dieser Artikel niemals Anwendung finden werde, weil die polnische Völkerbundsdelegation ihre Zustimmung verweigert und damit die erforderliche Einstimmigkeit fehler würde. In Deutschland solle sich niemand über die geringsten Illusion hingeben.

Wenn nun alle deutschen Kreise trotzdem beharrlich auf eine Revision drängen, müsse man zu der Ansicht kommen, daß selbst die Gemäßigten und Friedfertigen unter den Deutschen, die gegen den gegenwärtigen Zustand protestierten, durchaus wüßten, wohin die gefährliche Revisionspropaganda sie führen könne. Man könne mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sie einfach einen europäischen Geisteszustand schaffen möchten, der ihren Forderungen günstig sei, um sich für den Tag, an dem sie Polen vor die Frage stellten, sich zu verteidigen oder Selbstmord zu begehen, Unterstützung oder Neutralität zu sichern.

Aus der Heimat

Montag den 10. November 1930

Zeitgemäße Betrachtungen.

Nur Ruhe.

Unsre Tage sind recht unruhig, und die Zeit wird immer flüchtiger, und man weiß nicht, was noch werden soll, denn die Menschheit wird stets aufgeregter, oft vergißt sie, was der Dichter spricht: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, diese soll man ganz besonders wahren in der Zeit der Krisen und Gefahren.

Ruhe ist der Stunde Pflichtgebot, daß wir einig uns zur Abwehr finden, Ruhe braucht man in der Zeit der Not, um erfolgreich sie zu überwinden, Ruhe nur bringt Ueberlegenheit in der Welt voll Kampf und Widerstreit. In der „Zeit“ wie auch beim Debattieren darf man seine Ruhe nicht verlieren.

Ruhe braucht man auch im Parlament, doch sie ist nicht jedem einzufließen, und zur Ordnung ruft der Präsident, wenn die einen auf den anderen schimpfen, doch das letztere hat keinen Zweck, dadurch kommt man keinen Schritt vom Ziel, nur in Ruhe soll man sich betonen und vereinen sich zu ernsten Taten.

Sie erfordern unsre ganze Kraft und in Ruhe soll man überlegen, wie man sich die Not vom Hals schafft, in der Arbeit liegt allein der Segen. Wenn wir Not und Arbeitslosigkeit mildern können in der Winterzeit, wird der Frühling neue Hoffnung bringen, aber „Ruhe“ heißt's vor allen Dingen.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, wahre Ruhe, deutscher Michel, auch an bösen Nachbarn fehlt es nicht, laut tönt ihr Geschrei und Getöse, aber wird der Pole und der Tschech wieder zu gefährlich und zu frech, dann schafft es Erleichterung und Behagen, einmal kräftig auf den Tisch zu schlagen.

Leider ist es so auf dieser Welt, mag sie auch den Frieden heiß erstreben: Wenn's dem bösen Nachbar nicht gefällt, kann der beste nicht in Frieden leben. Doch da heißt's: Mensch, ärgere dich nicht, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht und in Ruhe kommt der Mensch viel weiter als wenn er verärgert ist! —

Ernst Heiter.

Laasphe:

Kreisverbandesfest der Frauenhilfe.

Seit 17 Jahren zum ersten Male wieder konnte das Kreisverbandesfest der Wittgensteiner Frauenhilfen in Laasphe stattfinden. Die evangelische Frauenhilfe, die in ganz Deutschland mit vielen hunderttausend Mitgliedern vertreten ist, hat in Westfalen über 400 Vereine mit 160 000 Mitgliedern. Sie ist im Kreise Wittgenstein fast in jeder Gemeinde vorhanden und gehört mit zum kirchlichen Leben. Das Kreisverbandesfest sollte kein Fest im gewöhnlichen Sinne des Wortes sein, sondern die Teilnehmer stärken in dem Willen zur christlichen Gemeinschaft und zu gemeinsamer Arbeit an der Not des Volkes. Viele Gäste aus dem Lahn- und Ederlande hatten sich mit der Eisenbahn und dem Auto Sonntag früh eingestellt, um am Gottesdienste teilzunehmen. Der Kreisverbandesvorsitzende, Pfarrer Sahner-Gründel, predigte über den Marthia- und Mariensinn der Frauenhilfe, mit dem sie helfend und betend ihren Dienst an unserm Volke ausrichten müßten. Einige Chöre umrahmten die schöne Feier. Nach dem Gottesdienste gingen die auswärtigen Teilnehmer zu ihren Gastgebern, um das Mittagessen einzunehmen. Manche Laasphe hatten noch gerne einen Gast aufgenommen, aber die meisten hatten sich an Bekannte und Verwandte angeschlossen, so daß nur noch der geringere Teil untergebracht werden mußte. Nachmittags um 3 Uhr versammelte man sich im Fuchs'schen Saale, der bald bis zum letzten Platte gefüllt war. Nach kurzen Begrüßungsworten durch Pfarrer Sahner und Pfarrer Bauer hielt Herr Pastor Johanneswerth aus Soest, der Vater der westf. Frauenhilfe, seinen Vortrag. In alter Frische, wie vor 17 Jahren, sprach er über die viele Arbeit, die die Frauenhilfe zu leisten hat, und schilderte ihre besondere Art in den drei Paulusworten von dem Glauben, der Hoffnung und der Liebe. Bei dem folgenden Kaffeetrinken wußte er die Anwesenden auch in seiner humorvollen Art zu erfreuen durch allerlei Erzählungen von dem Leben und Treiben in der Frauenhilfe, besonders aus den Heimen der Muttererholungsstätte, die von der Frauenhilfe für trankliche und schwache Mütter errichtet worden sind. Der unterhaltende Teil des Nachmittags wurde durch Gedichte, oder Märchen der Kinder vom Schweinehirtin, durch Volkstänze und ein Spiel der Frauenhilfe Puderbach „Treue Liebe“ bestritten, die vielen Beifall fanden. Der ganze Nachmittag verlief so anregend und schön, daß er sicherlich allen Teilnehmern in bester Erinnerung bleiben wird. So konnte Herr Pastor Sahner zum Schluß allen denen, die zum Gelingen des Tages mitbeigetragen hatten, seinen herzlichsten Dank aussprechen.

Verkehrsregeln für Fußgänger.

1. Sind Gehbahnen, Fußwege oder Bankette vorhanden, benutze sie! Die Fahrbahn dem Fahrverkehr!
2. Gehe rechts, weiche rechts aus, überhole links!
3. Ueberschreite die Fahrbahn auf kürzestem Wege! Bis zur Mitte blide links, dann rechts. Weiche nicht an Stellen stehen, wo Dir Gefahr drohen kann!
4. Gehe nicht unmittelbar vor oder hinter Fahrzeugen über die Fahrbahn — Du überstiehst sonst Gefahren!
5. Auf- und Abspringen bei fahrenden Fahrzeugen kostet oft die Gesundheit oder gar das Leben!
6. Wirf keine Abfälle oder Obstschalen auf die Straße!
7. Die Straße ist kein Spielplatz! Bewahre die Kinder vor den Verkehrsgefahren. Erziehe sie zur Ordnung, Vorsicht, Rücksicht!

* Ein neuer Fleischbeschaubezirk. Für die Stadt Laasphe ist ein Fleischbeschaubezirk Laasphe 3, umfassend die Metzgerei Walb Sacharias neugebildet worden. Zum Fleischbeschauer für den Fleischbeschaubezirk 3 ist ab 1. Novbr. Herr Dr. Hermann in Laasphe und zu seinem Stellvertreter der Fleischbeschauer Hartmann in Laasphe bestellt worden. In der bisherigen Abgrenzung der Trichinenschaubezirke tritt keine Veränderung ein.

* Konzert. Der hiesige Schützenverein veranstaltet am Samstag den 15. ds. Mts., abends im Westf. Hof ein Militärkonzert unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters Große vom Ausb.-Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 15 Marburg. Anserat folgt in einer der nächsten Nummern.

** Amtshausen. Auch unsere kleine Gemeinde kann mit dem Erfolg der Sammlung zugunsten der deutschen Kriegsgräber im Auslande durchaus zufrieden sein. Es sind 10,60 RM. gesammelt worden, ein Ergebnis, das immerhin einen Vergleich mit dem der Städte aushält.

* Simmersbach. Deffentliche Belobigung für die freiwillige Feuerwehr. Der Landrat macht bekannt: Wie mir die Landjägerei berichtet, hat die freiwillige Feuerwehr in Simmersbach gelegentlich der Löschung des Feuers beim Brande des Wohnhauses der Lina Klein in Simmersbach am 27. 9. 1930 ganz hervorragend gearbeitet, so daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt wurde. Ich freue mich, der freiwilligen Feuerwehr in Simmersbach für dieses vorbildliche Verhalten und die im Interesse der vom Feuer Betroffenen und im Interesse der Allgemeinheit geleisteten Dienste meine vollste Anerkennung sprechen zu können.

* Niederscheld. Keine Schließung der Adolfs-hütte. Die Brand'schen Eisenwerke A.-G. zu Adolfscheld (Niederscheld) teilen auf Anfrage mit, daß eine Schließung ihres Betriebes entgegen anderen unverantwortlichen Falschmeldungen selbstverständlich nicht vorgesehen war und ist. Gegen Jahreschluß werden lediglich die aus dem Saisonablauf sich ergebenden üblichen Betriebseinsparungen vorgenommen werden.

— Das Auto verbrannt, um die Versicherungssumme zu erhalten. An einem Sonntag war der Lehrer Anton Senge in Weidenau mit seinem Auto, in dem sich auch seine Frau befand, nach Fulda gefahren, um einer Sportveranstaltung beizuwohnen. Das Auto, das angeblich bei der Rückkunft des Lehrers gestohlen war, wurde dann in der Nähe von Fulda in einem Walde total verbrannt aufgefunden. Im Juni wurde für den feierzeit für 1750 Mark erstandenen Wagen eine Versicherung gegen Diebstahl und Brand in Höhe von 5500 Mark abgeschlossen. Im Verlauf der Untersuchung über das Schicksal des Autos stellte sich heraus, daß der Lehrer gemeinsam mit seinem Bruder aus Offen den Entschluß gefaßt hatte, den Wagen bei erster Gelegenheit anzuzünden, um die hohe Versicherungssumme zu erhalten. Das Fuldaer Schöffengericht hatte den Lehrer Anton Senge wegen Versicherungsbetrugs und wegen verübten Betrugs zu sechs Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt, seinen Bruder, den Lehrer Sacharias Senge wegen Versicherungsbetrugs zu sechs Monaten Gefängnis. Der Letztere legte Berufung ein, die jetzt von der Großen Strafkammer in Hanau verhandelt wurde.

Turnen - Spiel - Sport

D.L. - Handball.

1. Turnverein Laasphe — 1. Turnverein Erndtebrück 2:2 (2:1).

Mit Erndtebrück hatte sich Laasphe einen guten Gegner verpflichtet. Das Spiel konnte allgemein gefallen, trotz des schlechten aufgeweichten Spielfeldes. Entgegen den Erwartungen hatte sich Laasphe als eine den Gästen gleichwertige Mannschaft gezeigt, so daß der Ausgang des Spieles jederzeit offen war.

2. Turnverein Laasphe — 2. Turnverein Erndtebrück 0:1 (0:0).

Diese beiden Mannschaften zeigten sich von der besten Seite. Einem Glückstour hatte Erndtebrück den knappen Sieg zu verdanken. Die Spielweise und das Verhalten waren turnerisch-kameradschaftlich. Ein Erndtebrücker Turner hat beide Spiele gut und sicher geleitet.

1. Klinglingsberg, Birtelbach — 3. Turnverein Erndtebrück 2:3 (0:2). Die technische Ueberlegenheit Erndtebrücks wurde durch die körperliche Ueberlegenheit Birtelbachs ausgeglichen. Dem Spielverlauf nach hätte der Sieg Erndtebrücks höher ausfallen müssen.

Turnverein Wallau — Turnverein Buchenau 8:0.

Fußball.

Germania Marburg 1. — Wallau 1. 2:2 (0:1).

Breidenbach 1. — Wehlar 1. 5:2.

1900 Siegen 1. — Wiefenbach 1. 3:1.

Niederlaasphe 1. — Breidenstein 1. 0:1.

Laasphe 1. Jgd. — Raumland 1. Jgd. 2:1.

Laasphe 2. — Hesselbach 2. 2:3.

Vermischtes

— Die Siegener Räuber in Saaburg festgenommen. Vor kurzer Zeit wurde in Siegen ein Raubüberfall auf das Goldwarengeschäft Albert verübt, bei dem eine alte Frau, die die Räuber bei ihrer Arbeit überrascht hatte, mit einem Beil niedergeschlagen worden war. Die Fahndung nach den Tätern in ganz Deutschland blieb bisher ergebnislos. Dieser Tage kam nun die Kriminalpolizei durch eine Postkarte, die die Verbrecher aus Saaburg nach ihrer Heimat geschrieben hatten, ihnen auf die Spur. Die sofort benachrichtigte Saaburger Landjägerei nahm die Verfolgung der beiden Täter, die in Saaburg übernachtet hatten und auf dem Wege nach der französischen Grenze waren, auf. Es gelang den Beamten, die Flüchtlinge kurz vor dem Ueberschreiten der Reichsgrenze in dem Ort Borg bei Perl zu verhaften. Sie wurden nach dem Gerichtsgefängnis Perl übergeführt. Bei ihnen befand sich ein französischer Deserteur, der ebenfalls festgenommen wurde. Von den Goldwaren und Uhren, die die Burschen bei dem Raubüberfall erbeuteten, fand sich bei der Festnahme nichts mehr vor.

Gemünd (Eifel), 9. Nov. Der Kriegsinvalide Josef Beul in Berguir hat in Abwesenheit seiner Frau, die in der Frühmesse war, seine vier Kinder mit der Axt erschlagen. Das älteste der Kinder war acht Jahre alt. Der Vater machte danach einen Selbstmordversuch und brachte sich lebensgefährliche Verletzungen bei. Beul betreibt in Berguir ein kleines Geschäft. Finanzielle Schwierigkeiten sollen ihn zu der grausigen Tat, die er wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Umnachtung verübt hat, getrieben haben.

Die Wassersnot im Osten.

Die Deichbruchgefahr im Ober-Gebiet beseitigt.

Im Ober-Gebiet wurde an verschiedenen Stellen ein Bruch der Deiche befürchtet. Unter Aufbietung aller Kräfte arbeitete man an der Verstärkung der Deiche, ohne jedoch die Gefahr bannen zu können. Daher entschloß man sich am Freitagabend, oberhalb von Frankfurt (Oder) an der Elan-Wandung des Ober-Deichs zu durchstoßen und die Polder volllaufen zu lassen. Dieser Durchstoß brachte Frankfurt (Oder) und dem Gebiet unterhalb von Frankfurt eine fühlbare Entlastung. Wenn auch ein Abfließen des Wassers nicht zu bemerken war, so wurde doch ein weiteres Steigen im Gebiet unterhalb von Frankfurt (Oder) verhindert. Große Deichbruchgefahr bestand bei Niemiashleben, Kreis Guben. Der zuständige Amtsvorsteher ließ sofort alle männlichen Personen über 16 Jahre aus sämtlichen umliegenden Dörfern alarmieren; ebenso wurden sämtliche Gespanne zur Hilfeleistung herangezogen. Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es in zwölfstündiger Arbeit, die Gefahr zu bannen. Da aus Obersachsen eine neue Hochwasserwelle gemeldet wird, die die Höhe der jetzigen Hochwasserlage erreichen dürfte, und mit einem Abfließen des Wassers vorerst nicht gerechnet werden kann, wird die Gefahr in der Mitte der Woche im märkischen Obergebiet wieder zunehmen.

Großhandelsindexziffer.

Berlin, 9. Nov. Die auf den Stichtag des 5. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes hat sich mit 120,8 gegenüber der Vorwoche (120,6) um 0,2 v. H. erhöht. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,2 v. H. auf 112,3 (111,0) gestiegen. Die Indexziffer für Kolonialwaren lag mit 109,8 (108,8) um 0,9 v. H. höher als in der Vorwoche. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist mit 113,6 (114,0) um 0,4 v. H. zurückgegangen. Gleichzeitig hat auch die Indexziffer für industrielle Fertigwaren weiter auf 145,8 (146,3) oder um 0,3 v. H. nachgegeben.

Wetterbeobachtungen

Wetterausichten für Dienstag: Fortdauer des wolken und milden Wetters.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 10. 11., 8 Uhr vormittags

Temperatur:	9° C
Barometerstand: (sechsen — mm)	775 mm
Feuchtigkeit der Luft:	98 %
Höchste Temperatur (seit gestern 8 Uhr vormittags):	11° C
Niedrigste Temperatur:	+5° C
Niederschlagsmenge:	1,8 mm

Nachruf. Christian Grund

Am 8. November 1930 wurde der

Raufmann

Inhaber der Firma Daniel Grund in
Wemligshausen

ganz plötzlich aus seinem arbeitsreichen Leben
abberufen.

Der Verstorbene gehörte seit dem 22. März
1921 dem Vorstand der Kreissparkasse zu Verle-
burg an. Mit seltener Treue, warmherzigem In-
teresse und voller Hingabe hat er seines Amtes
gewirkt. Durch seine großen Sachkenntnisse,
offene klare Meinung und ernste Lebensauffassung
war er uns ein besonders geschätzter wertvoller
Mitarbeiter und Ratgeber geworden. Mit ihm
ist ein edler, vortrefflicher Mensch, dem das
Wohlergehen seiner Heimat und Mitmenschen
ganz besonders am Herzen lag, heimgegangen.
Wir bedauern sein Hinscheiden sehr.

Ein ehrendes Andenken ist ihm sicher.

Verleburg, den 10. November 1930.

Namens der Verwaltung der
Kreissparkasse zu Verleburg:

Broffok, Landrat,

Vorsitzender des Sparkassen-Vorstandes.



Laßt die Kindlein zu mir kommen
und wehret ihnen nicht,
denn solcher ist das Reich Gottes.

Gestern morgen 2 Uhr hat Gott in seinem
unerforschlichen Ratsschluß unser liebes Töchter-
chen und Schwesterchen, meine liebe Enkelin

Ingeborg Lange

nach kurzem, schwerem Leiden im zarten Alter
von 9 Monaten zu sich in die Ewigkeit ge-
nommen.

In tiefem Schmerz:

Familie Gustav Lange
Louis Frettlöh.

Erndtebrück, den 10. November 1930.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2½ Uhr statt.

Unsere Methode der

Bruch- heilung



nach längst anerkannter, aber allgemein immer
noch fast vernachlässigter Grundrissen, hat gute
Heilerfolge aufzuweisen, wo andere Heilmittel
versagen. Patente im In- und Auslande. Re-
ferenzen, Auskünfte pp. brieflich kostenlos gegen
doppeltes Rückporto.

Unser Vertrauensarzt erwartet Sie zur Unter-
suchung und genauesten Unterweisung in der
Sprechstunde:

Kreuztal i. W. : Donnerstag, 13. November,
vormittags 9-12 Uhr, Bahnhofshotel.

„Hermes“ Keryll Institut f. orthopädische Bruch-
behandlung G. m. b. H., Hamburg, Esplanade 6.

Ein neuer, blauer

Anzug

Mittelgröße, billig
zu verkaufen.

Bei wem? sagt
d. Geschft. d. W. 3.

Sämtliche

Drucksachen

liefert preiswert

Buchdruckerei
E. Schmidt

Laasphe.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung
werde ich am Dienstag den 11. Nov.
1930, vorm. 10 Uhr im Versteigerungs-
lokal Weiß in Fischelbach

1 Schreibtisch, 1 Nähmaschine,
1 Glaschrank, 1 Harmonium,
mittags 11½ Uhr im Versteigerungs-
lokal Blecher in Banse

1 Vertikow, 1 Regulator, 1 Uhr,
1 Schrank, 1 Sofa, 1 Spiel-
apparat m. 15 Pl., 1 Kleider-
schrank, 1 Schreibpult,
1 Spiegel, 1 Tisch, 1 Wand-
uhr, 1 Glaschrank,
2 Küferschweine,
2 Milchkühe u. a.

öffentlich meistbietend gegen sofortige
Barzahlung versteigern.

Laasphe, den 10. November 1930.

Westerhold, Obergerichtsvollzieher.

Alle Familiendrucksachen
liefert Buchdruckerei E. Schmidt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Klein-
und Sozialrentnerunterstützun-
gen für den Monat Nov. 1930 erfolgt
am Montag, den 10. November 1930,
nachm. von 5-6 Uhr auf der hiesigen
Stadtkasse.

Laasphe, 6. Oktober 1930.

Der Magistrat: Pranger.

Photo-Atelier Debus, Wallau/Lahn

Empfehle mich in

sämtlichen Photoarbeiten, Ver-
größerungen und Malereien
aller Art.

Bei Auswärtigen, vorherige Anmeldung.

Anzeigen.

die an einem bestimmten Tage erscheinen
sollen, müssen beizuteilen (nicht erst
am Tag oder Vorabend der Ausgabe)
aufgegeben werden. Ausnahmen können
nur in dringenden Fällen gemacht werden.

Beim Regenwetter

tragen Sie den

Herren-Lodenmantel 19.- Mk.
mit Gummiüberzug von an

Gummi-Mantel von 16.- Mk.
an

Max Rosenbaum, Laasphe

Die Perlen der Frau von Hennig

Roman von A. v. Hahn

44]

Nachdruck verboten.

„Nun, dann sagen Sie mir wenigstens das eine, was
Sie unternehmen wollen, wohin Sie sich wenden werden,
sobald Sie hier fortgehen. Sie sehen so verstört aus.“

„Wohin? Ich weiß es nicht! Wo mich der Zufall hin-
führt!“

„So fahren Sie nicht in das Haus Ihres Verlobten
zurück?“

„Nein — niemals!“ Welch schreckliches Wort! Die
ganze traurige Bedeutung desselben drang auf sie ein. Nie-
mals wird du ihn wiedersehen! Niemals wird er dich in
seinen Armen halten! Niemals wirst du den Schlag seines
Herzens hören! Niemals! Oh, dieses schreckliche, grausame
Wort!

„Ich kann mich unmöglich dabei beruhigen, daß Sie
meine Teilnahme als unberechtigte Zudringlichkeit zurück-
weisen, und ich werde nicht nachlassen, in Sie zu dringen,
bis Sie mir meine Schuld vergeben und mir Ihren
Kummer anvertraut haben. Ich sehe, daß Sie unglücklich
sind, Fräulein von Hennig — ich bin es auch! Ihr Herz
schreit nach Trost zum Himmel auf — das meine auch.
Wollen Sie, eine Unglückliche, nicht einem Unglücklichen
den Trost gewähren, den Ihre Verzeihung ihm geben
kann? Vergessen Sie mir, Edith! Ich habe aus Liebe
gefehlt! Aus lauterer, aufrichtiger Liebe für Sie. Darum
wage ich um Ihr Erbarmen zu flehen, trotz allem. Trotzdem
ich die Größe meines Unrechts einsehe. Verzeihen Sie
mir, Edith! Und wenn Sie das vermögen, dann vertrauen
Sie mir auch. Nur über die ersten Schritte lassen Sie mich
Ihnen weiterhelfen, nur über diese ratlose Lage hinaus, in
der Sie sich augenblicklich befinden. Für mich persönlich
will ich ja nichts erleben; ich muß wohl alle meine Hoff-
nungen zu Grabe tragen. Nehmen Sie nur meinen Rat
und meine Unterstützung an, und wenn ich Ihnen damit
geholfen habe, dann will ich wieder wunschlos zurücktreten.
Sie werden dann den Tatsachen viel ruhiger in die Augen
sehen, sobald Sie sich über Ihre nächsten Schritte klar sind,
und ich in einem sicheren Schutz wissen. Nun sprechen Sie!
Ich lasse nicht eher mit Witten nach, und ich weiche nicht
eher von Ihrer Seite, als ich dies mit gutem Gewissen
kann.“

Seine anscheinend von aufrichtigem Mitleid getriebenen
Worte ergriffen sie wider Willen. Sie empfand es wohl-
tunend, in dieser schrecklichsten Stunde ihres Lebens eine
tröstende Stimme zu hören, wenn sie auch jemandem an-
gehörte, für den sie nichts als Mitleid und Verachtung
empfand. Das Mitleid hatte erst diese Stunde geboren.
Sie sah seine Tat jetzt mit anderen Augen an. Jetzt, wo
sie selbst die Qualen hoffnungsloser Enttäuschung durch-

lieferte. Hätte sie es nicht beinahe auch über sich vermocht,
den Geliebten durch eine Tat der Selbstsucht dauernd aus
Unschuld zu schmieden? War sie nicht in blinder Eigenliebe
entschlossen gewesen, ihm trotz allem anzuhängen? Eine
fremde Stimme hatte ihr die ganze Erbarmlichkeit ihrer
Selbstsucht vorstellen müssen. Wenn sie die Warnerin nicht
gehört hätte, dann säße sie vielleicht jetzt, von seinen zärt-
lichen Armen tröstend umfassen, neben ihm, während das
Verhängnis eines zerstörten Lebens, als Folge seiner Ver-
blendung, sich für ihn vorbereitete. Das sollte nimmermehr
geschehen. Sie hatte den verzweifeltsten Aufschrei der nieder-
gezwungenen Selbstsucht nicht nachgegeben — sie war als
Siegerin aus dem Kampfe hervorgegangen, und dieses Be-
wußtsein, ihr eigenes Glück für das des Geliebten geopfert
zu haben, mußte ihr Kraft und Mut geben, das Kommende
zu ertragen.

Der Mann neben ihr war auch so ein Unglücklicher; er
trug dasselbe Leid wie sie. Und darum empfand sie Mit-
leid für ihn, und dieses Mitleid trug den Sieg über die
Verachtung davon. Sie hatte den verzweifeltsten Aufschrei der nieder-
gezwungenen Selbstsucht nicht nachgegeben — sie war als
Siegerin aus dem Kampfe hervorgegangen, und dieses Be-
wußtsein, ihr eigenes Glück für das des Geliebten geopfert
zu haben, mußte ihr Kraft und Mut geben, das Kommende
zu ertragen.

„So wissen Sie also noch gar nicht, wie sich Herr von
Deder diesen Tatsachen gegenüber verhalten wird?“ fragte
er tonlos, als sie geendet hatte.

„Oh, das weiß ich wohl! Er würde mich jetzt mit
doppelter Liebe umfassen; aber gerade darum ging ich
fort. Der kurze Glücksrausch soll nicht mit langer Neue
erlaubt werden. Jeder Schatten auf seiner Stirn, jeder
Seufzer von seinen Lippen würde für mich zur Beweismat-
ter werden und den Frieden von mir scheuchen. Immer
würde mir der Zweifel zurauern, du bist schuld
daran, du hast ihn elend gemacht.“

„Aber das ist doch nicht wahr; Sie sind doch schuldlos“,
warf Dittmann leise ein. „Ein hinfälliger Verdacht kann
doch nicht, selbst wenn er aus dem engsten Kreise heraus-
träte, die Ehre und die Zukunft eines Menschen unter-
graben. Man kann Sie doch nicht wegen einer unbewiesenen
Schuld verurteilen.“

„Ist die Schuld denn für die Menschen noch un-
bewiesen?“ entgegnete sie bitter. „Und bricht man nur
über Schuldige den Stab, deren Sünde schwarz auf weiß
bewiesen ist? Ich kenne die harte Ungerechtigkeit der Men-
schen schon. Man hat mich fortgestoßen und gesteinigt ohne
Schuldbeweise. Diesem Beweise gegenüber aber muß auch
das weitestgehende Vertrauen zusammenbrechen. Darüber
bin ich mir klar, und darum steht mein Entschluß fest, daß
ich ihm entsagen muß.“

„Wenn Sie aber von der Stärke seiner Liebe, der Ge-
walt seines Vertrauens in Sie so fest überzeugt sind und
sich selbst doch so schwach wissen, wie Sie vorhin hervor-
hoben, wie können Sie dann von Ihrem Willen sprechen,
der allein bestimmend über Ihrem und seinem Schicksal
walten soll? Er wird Sie suchen und finden und Sie
zwingen —“

„Das werde ich unmöglich machen!“

„Edith! Was haben Sie vor?“

Er blinnte sie in gut erklärter Erregung minutenlang

an und schien mit einem Entschluß zu kämpfen. Gleich-
gültig ertrug sie den Blick.

„Sind Sie wirklich von der Unwandelbarkeit Ihrer
Entschlüsse so fest überzeugt?“ fuhr er dann fort, und als
sie seine Frage durch ein Neigen des Kopfes bejahte, setzte
er hinzu: „Ich wähle einen Weg, jeden Eingriff in Ihre
Vorläufe abzuschneiden.“

Sie sah ihn abwartend an.

„Entschließen Sie sich jetzt dennoch, mir Ihre Hand zu
reichen“, klang es unartikuliert von seinen Lippen.

Sie sprang auf, und sah mit flammender Entrüstung
auf ihn hin; aber er sprach weiter, und seine Worte fielen
langsam, wie wichtige Keulenschläge, auf den Rest ihres
Selbstvertrauens nieder.

„Sie trauen sich nicht den Mut zu, dem Urteil der herz-
losen Menschheit unter dem sicheren Schutz eines Gatten
die Stirn zu bieten. Glauben Sie, dieselbe Menschheit
würde dem schutzlosen Mädchen ein Vertrauen entgegen-
bringen, das sie der Gattin eines Ehrenmannes verweigert?

Fragen Sie an, klopfen Sie an irgendeine Tür, man wird
Sie fortjücken! Ich glaube, das traurige Verhängnis ver-
läßt ihre Spur nicht mehr. Es bleibt Ihnen wohl kaum
ein anderer Ausweg als der, den ich Ihnen biete, voraus-
gesetzt, daß Ihre Worte ernst gemeint waren und keine der
Erregung des Augenblicks entsprungene Phrasen sind.

Wenn Sie Deder wirklich aufgeben wollen, dann dürfen
Sie in meinem Antrag nicht bloß eine dreiste Annahme er-
sehen — Sie müssen vielmehr die höhere Fügung er-
kennen, die Ihnen ein Rettungsboot sendet, das wenig-
stens Ihr Leben in einen sicheren Hafen bringt, das wenig-
stens die Schätze hinter Ihnen in der Brandung versinken.“

Schweigend war sie auf die Bant zurückgesunken. Was
er da so grausam schilberte, war es mehr als die nackte
Wahrheit? Verschwieg er nicht vielmehr das Elend er-
statterten wollte, den Kampf ums Dasein aufzunehmen —
war es nicht Hohn? Schlußlos, verlassen, vom eigenen
Water verstoßen — was türmte sich da alles vor ihr auf!

„Zögern Sie und überlegen Sie nicht länger“, fuhr der
Versucher fort. „Glauben Sie mir, es bleibt Ihnen kein
anderer Entschluß übrig. Greifen Sie einmal nur über die
nächsten Augenblicke hinaus, und Sie müssen einsehen, was
mein Vorschlag für Sie bedeutet. Was wollen Sie an-
fangen, wenn Sie von hier fortgehen? Auf die Straße?
Wohin aber dann? Wagen Sie nur ruhig den Schritt,
wenn Sie seine Folgen werden bessere sein, als Sie in
meinem Kind, seine Folgen werden bessere sein, als Sie in
diesem Augenblick glauben, wo Ihr armes Herz noch einem
versunkenen Glück nachseufzt. Schlagen Sie vertrauensvoll
ein und dann lassen Sie mich handeln. Vorbereitet ist ja
alles, das wissen Sie. Wir dürfen also den Dingen, wie
sie vorgefallen waren, nur freien Lauf lassen. In wenigen
Tagen ist alles erledigt, und alle Unruhe wäre für Sie
vorüber.“

(Fortf. folgt.)